

KURZ NOTIERT

von Nadine Willner

Die Autorin studierte Politikwissenschaften in Bochum und Governance an der Fernuniversität Hagen.

■ Preah Vihear: Internationaler Gerichtshof soll erneut vermitteln

Der Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha um den *Preah Vihear* Tempel belastet weiterhin die politischen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten. Trotz zahlreicher Kooperationsgespräche seit der beinahe eskalierenden Situation im Jahr 2011 soll nun erneut der *Internationale Gerichtshof* (ICJ) die Wogen glätten. Dabei ist der Konflikt historisch geprägt. 1962 entschied der ICJ, dass der Tempel

rechtmäßig zu Kambodscha gehöre, eine Entscheidung, die seitdem immer wieder Anlass zu Konflikten innerhalb der bilateralen Beziehungen bot. Nachdem 2008 der Tempel zum *UNESCO* Weltkulturerbe erklärt wurde, standen sich beide Länder bis 2011 in einer militärischen Pattsituation im Grenzgebiet gegenüber. Der ICJ ordnete daraufhin den Abzug aller militärischen Truppen aus dem Gebiet an. Im

April 2013 begannen nun erneute Anhörungen vor dem ICJ. Thailand beharrt jedoch darauf, dass der ICJ nicht über das umliegende Gebiet, sondern nur über den Tempel bestimmen solle. Experten und Beobachter raten zu einer thailändisch-kambodschanischen Lösung, in dem die Tempelanlage einem gemeinsamen Projekt unterstellt wird.

The Nation, 15.4.2013

Voacambodia, 12.5.2013

■ Medienindex 2012 - Kambodscha auf den unteren Plätzen

Die US-Organisation *Freedom House* beklagt einen starken Rückgang der Pressefreiheit in Kambodscha im Vergleich zum vergangenen Jahr und platziert das Land auf Rang 149 der Länderwertung. Kambodschas schlechtes Ergebnis ist laut *Freedom House* auf die hohe Zahl inhaftierter Journalisten und auf einen Anstieg der körperlichen und physischen Gewalt gegenüber Pressevertretern zurückzuführen. Darüber hinaus wurde im September 2012 der kambodschanische Journalist Hang Serei Oudom ermordet

im Kofferraum seines Autos gefunden. Mam Sonando, Eigentümer einer unabhängigen Radiostation, wurde im Oktober 2012 verhaftet und der Anstiftung zur Unruhe angeklagt. Das Gericht verurteilte ihn zu 20 Jahren Haft. Trotz eines Straferlasses im März 2013 bescheinigt *Freedom House* der Entwicklung der Pressefreiheit Kambodschas einen negativen Trend. Das *Cambodia Centre for Independent Media* (CCIM) kritisiert zudem die juristische Glaubwürdigkeit des Gerichts. *Reporter ohne Grenzen*

platziert das Land ebenfalls auf den hinteren Rängen. Nachrichtenagenturen und vor allem lokale und ausländische Radiosender waren der Zensurpolitik des zunehmend rücksichtslos agierenden Informationsministeriums ausgesetzt.

Besonders diejenigen Journalisten, welche die Regierung kritisieren, sind Ziel des Ministeriums. In Bezug auf die Wahlen im Juli wird daher eine erhöhte Einschränkung der Berichterstattung erwartet.

Freedom House, 10.5.2013

Reporter ohne Grenzen, 14.3.2013

■ Wahlen 2013 - Auf neuen und alten Pfaden

Die für Juli 2013 angesetzten Wahlen sind bereits im Vorfeld aus demokratischer Sicht recht fragwürdig. Während der seit 1985 amtierende Premierminister Hun Sen verlauten ließ, dass im Fall eines Wahlsieges der Opposition ein Bürgerkrieg ausbrechen würde, lebt der Oppositionsführer Sam Rainsy bereits seit 2005 im französischen bzw. australischen Exil. Die Nationalversammlung hat zuvor seine Immunität als Abgeordneter aufgehoben, da Rainsy die damals

regierende Koalition aus CPP und FUNCINPEC der Korruption bezichtigt hatte. Eine Rückkehr nach Kambodscha würde seine Verhaftung nach sich ziehen. Seine Unterstützer hofften, dass Rainsy wenigstens für den Wahlkampf ins Land zurückkehren könne, was aus westlicher Sicht zumindest eine faire und freie Wahl wahrscheinlicher machen würde.

Der Generalsekretär des *National Election Committee* (NEC) Tep Nitha gab nun bekannt,

dass Rainsy nicht an den Wahlen teilnehmen wird, was auch gesetzlich legitim ist. Dennoch werden die politische Unabhängigkeit und somit auch die Entscheidung der NEC von einigen Menschenrechtsorganisationen in Frage gestellt. Das *Cambodian Center of Human Rights* stellte beispielsweise Unregelmäßigkeiten in den Wählerlisten fest. In wie weit nun Hoffnungen auf demokratische Wahlen gehegt werden können, bleibt abzuwarten.

voacambodia 10.5.2013